

Antrag 15/II/2023**Abt. 2 - Mariendorf****Die KDV möge beschließen:****Der Landesparteitag möge beschließen:****Empfehlung der Antragskommission****Annahme (Konsens)****Mobilitätswende gestalten: Fußverkehr nicht vergessen!**

- 1 Die sozialdemokratischen Mitglieder des Ber-
2 liner Senats und die SPD-Fraktion im Berli-
3 ner Abgeordnetenhaus werden aufgefordert,
4 in Zusammenarbeit mit den 12 Bezirksamtern
5 geeignete Maßnahmen zu ergreifen bzw. lan-
6 desweit abzustimmen, um den Fußverkehr
7 im Zuge der notwendigen Mobilitätswende
8 zu stärken. Hierzu sollen prioritär die folgen-
9 den Maßnahmen umgesetzt werden:
- 10 • Umsetzung eines stationsgebundenen
11 Systems und eines flächendecken-
12 den Netzes für Sharing-Angebote
13 (z.B. E-Scooter, Leihfahrräder) nach
14 dem Prinzip der Jelbi-Stationen und
15 Jelbi-Punkte.
 - 16
 - 17 • Untersagung des Abstellens nicht sta-
18 tionsgebundener E-Scooter und Leih-
19 fahrräder auf den Gehwegen.
 - 20
 - 21 • Einrichtung von Sharing-Stationen
22 und Sharing-Punkten vorrangig neben
23 Kreuzungsbereichen auf der Fläche des
24 jeweils letzten zulässigen Parkplatzes
25 vor Kreuzungsbereichen zur Verhinde-
26 rung des sogenannten „Eckenparkens“.
 - 27
 - 28 • Verbesserung der personellen Aus-
29 stattung der Bezirke zur Prüfung,
30 Bescheidung und Kontrolle von Son-
31 dernutzungsgenehmigungen auf
32 öffentlichem Straßenland

34 Begründung

35 Die wichtigsten Verkehrswege in einer Stadt
36 sind und bleiben die Gehwege. Hier findet
37 das eigentliche Leben statt. Deshalb müssen
38 Gehwege ausreichend breit, barrierefrei und
39 frei von allem sein, was Räder hat.
40 E-Roller, E-Scooter oder Leihfahrräder sind ein
41 attraktives Angebot, um für kurze Wege Al-
42 ternativen zum Auto zu bieten. Sie haben nur

43 auf den Gehwegen weder fahrend, stehend
44 noch liegend etwas zu suchen. Durch den zü-
45 gigen Aufbau eines flächendeckenden, stati-
46 onsgebundenen Systems soll ein leistungs-
47 fähiges Angebot geschaffen und gleichzei-
48 tig der Wildwuchs privater Anbieter auf den
49 Gehwegen unterbunden werden.

50 Für den Fußverkehr ist essenziell, dass Kreuz-
51 zungsbereiche nicht zugeparkt sind. Das so
52 genannte Eckenparken ist schon deshalb ge-
53 fährlich, weil in engen Wohnstraßen größere
54 Rettungsfahrzeuge blockiert werden können.
55 Gleichzeitig gefährdet es sichere Überwege
56 für den Fußverkehr, insbesondere für Kin-
57 der. Die Einrichtung von Fahrradbügeln oder
58 Sharing-Punkten neben Kreuzungsbereichen
59 anstelle des letzten zulässigen Parkplatzes
60 auf der Fahrbahn hilft wirksam, Eckenparken
61 zu verhindern.

62 Straßencafés, Schankvorgärten oder Ausla-
63 geflächen für den Einzelhandel können Auf-
64 enthaltsqualität schaffen. Sie dürfen aber
65 die notwendige Breite für den barrierefrei-
66 en Verkehr auf Gehwegen nicht beschränken
67 und sie müssen klar definiert sein, um ei-
68 ne wahllose Kommerzialisierung des öffent-
69 lichen Raums zu verhindern. Die notwendi-
70 gen Regeln dafür existieren, nur müssen die
71 Bezirke personell in die Lage versetzt werden,
72 die Nutzung des öffentlichen Raums wirksam
73 kontrollieren und Sondernutzungsgenehmi-
74 gungen in angemessener Zeit erteilen oder
75 eben versagen zu können.